Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 289. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Sonnabend, den 11. Dezember 1926

Unruhestifter - Friedenspreise

Kein Mensch kann behaupten, daß die Welt in besonders behaglicher Stimmung dem Weihnachtsfest entgegengehe. Nicht nur, daß die unliebsamsten Verbrechen und Unglücksfälle, die widerwärtigsten Prozesse und Streitigkeiten der verschiedensten Art sich allerwärts häufen; diese Beunruhigungen ließen sich schließlich abschütteln, wenn man nur den Willen dazu hat.

Aber der Zufall fügt es, daß gerade wieder im Zeitpunkt einer Völkerbundratstagung am Genfer See Herr Mussolini im Süden und Herr Pilsudski im Norden es für ihre Aufgabe zu halten scheinen, sich möglichst stark bemerkbar zu machen, auf daß die Briand und Chamberlain und Stresemann nur nicht etwa glauben, außer ihnen und ihren Friedensbemühungen gäbe es gar nichts anderes auf dieser Erde. In Polen bereiten sich, langsam, aber anscheinend unaufhaltsam, Dinge vor, die im Versailler Friedensvertrag bestimmt nicht vorgesehen waren. Und der italienische Diktator schickt, aus welchem Grunde, ist eigentlich schwer ersichtlich, unentwegt Truppen an die französische Grenze, natürlich, wie er verbreiten läßt, nur, um in Anbetracht der heißblütigen Temperamente, die um Nizza und Cannes herum ihr Wesen trieben, größeres Unglück zu verhüten. Ganz zufällig sammelt sich nun aber auch auf französischer Seite ein immer erheblicheres Truppenaufgebot in diesen interessanten Gegenden an, und der Kriegsminister in Paris, in der Kammer über die beständigen Soldatenbeförderungen in Südfrankreich befragt, hatte den an sich gewiß nicht unwitzigen Einfall, dem Lande zu versichern, daß die Regierung nicht daran denke, in — China militärisch einzugreifen. Ob die daraufhin von ihm dringend befürwortete Beruhigung auch bei Herrn Mussolini eingetreten ist, darf bezweifelt werden, zumal ja des Mordens und des Blutvergießens an der Grenze kein Ende ist. Und selbst wenn es gelingen sollte, den Tatendrang des Faschismus hier gegenüber dem großen lateinischen Bruder einigermaßen zu dämpfen, so bliebe wiederum auf der anderen Seite der italienischen Halbinsel der neu entbrannte Zwiespalt über den Schutzvertrag, den Herr Mussolini mit dem sozusagen selbständigen Albanien geschlossen und der in Belgrad helle Empörung ausgelöst hat. Es wirbelt wieder einmal alles durcheinander auf dem Balkan, der heute noch immer so „interessant" ist wie zu den Zeiten, da es noch keinen Völkerbund auf der Welt gab. Aber während früher wahrscheinlich schon allerhand Säbelgerassel zu vernehmen gewesen wäre, nach einem ebenso kühnen wie eigenmächtigen Staatsakt, wie dieser Vertrag ihn darstellt, erinnert man sich heute in erster Reihe des Genfer Friedenspalastes, der ja eigens dazu geschaffen worden ist, um Streitigkeiten unter den Völkern nicht erst bis zu ernsten Waffengängen sich auswachsen zu lassen. Also insofern wenigstens ein sichtbarer Erfolg des Völkerbundes.

*

Freilich, stünden wir jetzt nicht am Anfang des Winters, läge nicht tiefer Schnee auf den Bergen zwischen der Adria und der Donau, die Macht des Völkerbundgedankens würde vielleicht doch nicht ausreichen, um die Geister zur Ruhe zu zwingen. Auch Genf stand in diesen Tagen nicht unter der Herrschaft des ewigen Frühlings, auf den seine nun schon regelmäßig wiederkehrenden internationalen Gäste nachgerade ein wohlerworbenes Recht zu besitzen glaubten. Diesmal hatten sie gegen eisige Windstöße anzukämpfen. Auch in Rats- und Konferenzstuben, in denen man zu vertraulichen Besprechungen zusammenkam, wollte sich keine rechte Wärmetemperatur einstellen. Herr Stresemann mußte mehrere Tage lang das Zimmer hüten, Herrn Briand ging es auch nicht viel besser, und nur die wetterfesten Juristen, die als in allen Sätteln gerechte Fachmänner auch diesmal wieder den weniger unverwüstlichen Diplomaten zur Seite standen, ließen sich keine Mühe verdrießen, um auch in den jetzt zur Lösung gestellten Fragen ein Kompromiß zu suchen.

*

Gewiß, nur wenige Menschen werden an dieser Art von Verhandlungen Gefallen finden, an diesem ewigen Herumfeilschen um Dinge, über die es eigentlich gar kein Markten mehr geben dürfte, weil sie mit dem tiefsten Wesen jedes Staates, mit der Staatshoheit, seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit unmittelbar zusammenhängen. Aber wir sind nun einmal auf diese Bahn gegangen und müssen nun sehen, wie sich am besten darauf fahren läßt. Die Wagenführer, die darauf zu achten haben, daß unterwegs kein größerer Zusammenstoß passiert, sind um ihre Aufgabe auch nicht sehr zu beneiden. Dafür haben sie auch wenigstens vom Norden her ein schönes Pflaster auf die Wunden und Schrammen erhalten, die sie sich bei ihrer gefährlichen Kutschierarbeit zugezogen haben: den Nobelpreis für Friedensarbeit haben erhalten Stresemann, Briand, Chamberlain und Dawes. Die Welt wird also wieder einmal eine Zeitlang sich über einen neuen Gesprächsgegenstand unterhalten können, sie kann die Männer nach Gebühr feiern, die als Friedensstifter ausgezeichnet werden. Ihnen gegenüber werden die großen und die kleinen Unruhestifter, die anderen Leuten die Weihnachtsstimmung verderben, für ein paar Tage und Wochen wenigstens in den Hintergrund zu treten haben.

Dr. Sy.

Eine sehr kritische Lage in Genf

Besprechungen der Rheinpaktmächte.

Die Tagung der Botschafterkonferenz.

Die Vertreter der fünf Rheinpaktmächte, bei denen ein Bericht der Botschafterkonferenz eingegangen ist, sind am Sitz der englischen Delegation zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengetreten. Die Besprechung galt der durch den Bericht der Botschafterkonferenz geschaffenen Lage und dem von den Juristen ausgearbeiteten Bericht über die Abänderung des Investigationsprotokolls, der zunächst von den Vertretern der Rheinpaktmächte genehmigt werden muß. Ein offizielles Kommuniqué teilt über die Beratungen mit, daß ein befriedigender Fortschritt erzielt worden sei. Briand gab Pressevertretern gegenüber der Meinung Ausdruck, daß die gegenwärtige Ratstagung am Sonnabend abgeschlossen werden könnte.

Über die Tagung der Botschafterkonferenz, deren Beschlüsse für den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten von großer Wichtigkeit sind, weiß der sonst gut informierte „Matin" folgendes zu berichten: In der Entwaffnungsfrage besteht noch eine Schwierigkeit, nämlich hinsichtlich der Befestigungen an der deutschen Ostgrenze. In dem Bericht, der von der Botschafterkonferenz ausgearbeitet und nach Genf telephoniert worden ist, kommt klar zum Ausdruck, daß in diesem wichtigen Punkte die deutsche und die französische These noch immer in formellem Widerspruch zueinander stehen.

Die kritische Lage.

Paris, 10. Dezember. Zu der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung der Botschafterkonferenz und zu den heute früh stattgehabten Verhandlungen zwischen dem interalliierten militärischen Komitee und General v. Pawelsz berichtet Havas heute abend: Die Besprechungen, welche die Mitglieder des interalliierten militärischen Komitees heute vormittag mit General v. Pawelsz gehabt hatten, hätten nicht das erwartete Ergebnis gezeitigt. Während General v. Pawelsz sich bisher darauf beschränkt habe, unter Heranziehung juristischer Erwägungen die Zulässigkeit der alliierten Forderungen betreffend die Festungen im Osten Deutschlands zu bestreiten, habe er heute vormittag sich lediglich auf den militärischen Standpunkt gestellt und die These vertreten, daß die an den Befestigungen ausgeführten Arbeiten unerläßlich gewesen seien und daß sie trotz ihrer Bedeutung nur einen rein defensiven Charakter trügen, der zwar den Fortschritten der modernen Technik entspreche, der aber keineswegs mit Art. 196 des Versailler Vertrages in Widerspruch stehe.

Sämtliche alliierten militärischen Sachverständigen seien sich jedoch darüber einig gewesen, daß diese Erklärungen nicht genügten. Der gleichen Ansicht sei auch einstimmig die Botschafterkonferenz in ihrer heute nachmittag abgehaltenen Sitzung gewesen. Sie habe daher bezüglich der Erfüllung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages Deutschland nicht Entlastung erteilen können, nicht einmal unter dem Vorbehalt der späteren Behebung der letzten festgestellten Verfehlungen.

Die Botschafterkonferenz habe mithin heute abend nur den Delegierten der in Genf vertretenen Mächte diese Tatsache zur Kenntnis bringen können. Sie habe keinen Zeitpunkt für eine neue Sitzung anberaumt.

Abermalige Verzögerung der Saarräumung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 10. Dezember. Zur Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet war bekanntlich Mitte dieser Woche unter Mitwirkung der Rechtssachverständigen Deutschlands und Frankreichs eine Formel gefunden worden, die erlaubt hätte, dem von Frankreich geforderten Bahnschutz im Saargebiet jeden militärischen Charakter zu nehmen. Die Annahme dieses Vorschlags scheint jedoch auf Schwierigkeiten zu stoßen, so daß mit der abermaligen Verzögerung der Angelegenheit gerechnet werden muß, obwohl sich der Rat bekanntlich mehrmals deutlich für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet ausgesprochen hat.

Ein Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten?

Die innenpolitische Krise.

Die Sozialdemokraten haben in ihrer Fraktionssitzung beschlossen, daß die sogenannte stille Koalition zwischen der Sozialdemokratie und den Regierungsparteien nach den Reden des Abgeordneten Scholz hinfällig geworden sei und daß sie dadurch freie Hand für alle politischen Entscheidungen haben. Die Fraktion hält eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig und wird sie bei der dritten Lesung des Nachtragsetats herbeiführen. Dieser Beschluß ist dahin zu verstehen, daß die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag bei der dritten Beratung des Nachtragsetats einzubringen beabsichtigen.

Die Demokraten wollen ihre Beschlüsse von den weiteren Schritten des Reichskanzlers abhängig machen.

Aufsehenerregende Aeußerungen des polnischen Außenministers.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 10. Dezember. Der polnische Außenminister Zaleski machte in Genf dem Vertreter des wegen seiner Deutschlandfeindlichkeit bekannten Journal de Debats Ausführungen über die deutsch-polnischen Beziehungen. Der polnische Außenminister soll, wie das Blatt meldet, erklärt haben, daß er nicht eine gewisse Unruhe über gewisse Reden verbergen könne, die kürzlich bedeutende deutsche Staatsmänner gehalten hätten. Besonders betonte Zaleski, daß Dr. Stresemann in seiner Reichstagsrede eine Unterscheidung zwischen der Garantierung der West- und Ostgrenzen Deutschlands gemacht habe. Die Haltung der deutschen Staatsmänner, so schloß der polnische Außenminister, schade sehr der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Die Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen seien zu einem guten Teil auf die Reden der deutschen Staatsmänner zurückzuführen, die zwischen beiden Nationen ein gegenseitiges Mißtrauen schufen und die Lösung gewisser Fragen äußerst schwierig machten, wie beispielsweise die der Niederlassung Deutscher in Polen.

Die Genfer „Bise".

(Von einem besonderen Mitarbeiter.)

Genf, 9. Dezember.

Dieser Tage mußte sich Dr. Stresemann, dessen Gesundheit schon bei seiner Abreise von Berlin nicht ganz fest war, in sein geheiztes Hotelzimmer einschließen und sich durch Herrn von Schubert bei den Verhandlungen vertreten lassen, und ein wenig später hatte der unverwüstliche Briand seine Grippe weg und muß das Bett hüten. Kein Wunder, daß da in den Telegrammen sämtlicher Weltberichterstatter dieses Mal die berüchtigte Genfer „Bise" eine so große Rolle spielt.

Genf hat nämlich, so wundermild es sich dem Fremden in Frühsommertagen darbietet, ein ganz abscheuliches, tückisches Klima, wenn der Winter mit dem Herbst und später mit dem Frühling ringt, aber auch mitten in der herrlichsten Jahreszeit ist das Wetter sehr launisch. Das macht die sogenannte „Bise", der mit weitem Anlauf von den Gletschergipfeln Hochsavoyens her über den langgestreckten See von Norden und Nordosten brausende scharfe, schneidende, die Temperatur in kürzester Zeit stürzende Wind. Die Bise, an die sich der Fremde nie gewöhnt und die schon manchen Genfer mit schwacher Lunge zur Auswanderung gezwungen hat, hat schon in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt. Sie ist der Grund, warum die Segelschiffe auf dem Genfer See eine so seltsame Bauart haben, wie man sie sonst in der ganzen Welt nicht wieder antrifft. Sie ist auch der Grund, warum in ganz Genf die Schornsteine so kuriose, abenteuerliche Formen aufweisen, daß es bei Nacht aussieht, als ob auf den Giebeln der alten Stadt gespensterhafte Unholde eine Massenversammlung abhielten. Es ist eine besondere Kunst, Schornsteinbauer in Genf zu sein. Jahrhunderte haben an dem Rätsel studiert, wie man hier die Kamine einrichten muß, damit der Rauch nicht, statt zum Himmel zu steigen, in das ganze Haus geblasen wird. Bis heute ist die Frage noch nicht gelöst; das macht die „Bise".

Diese „Bise" hat eine besondere Bedeutung bekommen, als der Völkerbund gegründet wurde. Wilson schlug Genf als Sitz vor, aber er drang nicht leicht durch, denn man machte damals schon auf das Klima der sonst so schönen und gastlichen Stadt aufmerksam, das für die Vertreter der Völker aus heißen Zonen nicht zuträglich sein werde. Später hat man dann, mit Rücksicht auf die Delegierten aus Afrika, Asien, Mittelamerika usw., die schwer unter den Launen der Bise gelitten haben, den Termin der Vollversammlungen aus dem Oktober in den September vorverlegen müssen, wo erfahrungsgemäß die „Bise" selten auftritt, dafür freilich meist eine brütende Backofenhitze herrscht, welche es den Vertretern der Staaten aus dem Norden und den gemäßigten Breiten oft nahezu unmöglich macht, tagsüber zu arbeiten und nachts zu schlafen.

Man sieht, auch das Wetter ist eine Macht, die bei der Zusammenfindung aller Nationen des Erdballes berücksichtigt sein will. Mögen die großen Staatsmänner noch so viel Willenskraft mitbringen, die Bise redet ihr Wort mit in der Weltgeschichte, und sie ist so tyrannisch, daß es immer noch nicht ausgeschlossen erscheint, daß man sich eines Tages zu einer Verlegung des Sitzes des Völkerbundes entschließen wird. Auf jeder Tagung treten solche Vorschläge oder mindestens Absichten auf; die Schwierigkeit ist nur, daß man sich aus Gründen der Politik — nicht des Klimas — auf keine andere Stadt bisher hat einigen können.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF